

BAG Studierende

Die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerkes (DSW)

Die wichtigsten Fakten aus Sicht von ver.di:

- Im Sommersemester 2016 waren 2,8 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Davon haben 67.007 an der Umfrage teilgenommen. (S.11)
- Die 21. Sozialerhebung macht die Heterogenität von Studierenden sichtbar

Alter:

Leichter Anstieg des Alters von Studierenden auf 24,7 Jahren (2012: 24,4 Jahre) (S.24) Deswegen fordert ver.di die Abschaffung der Altersgrenzen von 30 und 35 Jahren im BAföG.

Bildungsherkunft:

52 Prozent der Studierenden stammen aus einer Akademiker*innenfamilie. 48 Prozent der Studierenden haben Eltern, deren höchster beruflicher Abschluss ein Meister (20 Prozent), eine Lehre (25 Prozent) oder keine Berufsausbildung (3 Prozent) sind. (S. 27) ver.di fordert daher nicht nur die Erhöhung und den Ausbau von BAföG, sondern eine Durchlässigkeit des Bildungssystems insgesamt. Unser Bildungssystem muss gewährleisten, dass jede*r eine möglichst hohe Bildungsstufe erreicht. So hat die Erhebung auch festgestellt, dass 37 Prozent der Studierenden mit der Bildungsherkunft „niedrig“ keinen BAföG-Antrag stellen, weil die bürokratischen Hürden, wie der restriktiven Leistungskontrolle nach dem 4. Semester abschrecken und die Angst vor Schulden eine Rolle spielen. (S. 55)

Die Seitenangaben im Flugblatt beziehen sich auf die 21. Sozialerhebung des DSW. Der Bericht steht als Download zur Verfügung unter:

<http://www.studentenwerke.de/de/content/die-wirtschaftliche-und-soziale-lage-der>
<http://www.studentenwerke.de/de/content/die-wirtschaftliche-und-soziale-lage-der>

Gesundheit:

Im Sommersemester 2016 gaben 11 Prozent der Studierenden an mindestens eine gesundheitliche Beeinträchtigung zu haben (2012: 7 Prozent). (S. 36) Um die Unterstützung und Beratung von Studierenden durch Studierendenwerke weiterhin zu gewährleisten, betont ver.di den Bedarf der Ausfinanzierung der Studierendenwerke und unterstützt die Forderung des DSW nach einem Hochschulsozialpakt.

Einnahmen:

Die Einnahmen von Studierenden sind im Sommersemester 2016 auf 918 Euro gestiegen (2012: 842). (S. 39) Vor allem die Einnahmen durch Familie auf durchschnittlich 541 Euro (2012: 481 Euro) und dem eigenen Verdienst auf 385 Euro (300 Euro) sind gestiegen. (S.42) Aus Sicht von ver.di dokumentiert dies, die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die auch ein höheres Einkommen notwendig machen.

[07/17]

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich 05

bilden_forschen_beraten

Bildung, Wissenschaft
und Forschung



Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): **Erwerbstätigkeit:**

Die 21. Sozialerhebung gibt an, dass im Sommersemester 2016 18 Prozent der Studierenden BAföG erhielten. 2012 waren es noch 24 Prozent. (S. 52) Laut Alternativen BAföG-Bericht der Gewerkschaften (2016)¹ liegt der eigentliche Anteil der Studierenden darunter. So ergab die Berechnung für 2015 einen Anteil von 15 Prozent. Auch die Gründe für ein Förder-Ende findet ver.di bedenklich. So fielen 40 Prozent der früher Geförderten aus der Förderung, weil sie die Regelstudienzeit überschritten. (S. 54) Dabei ist festzuhalten, dass nur 40 Prozent der Studierenden ihren Abschluss in Regelstudienzeit, aber 77 Prozent in den folgenden zwei Semestern absolvieren (Statistisches Bundesamt 2016). ver.di setzt sich daher für eine Verlängerung von BAföG über die Regelstudienzeit hinweg ein, um Gesundheit, Vereinbarkeit von Studium und Familie, Engagement und weiteres zu ermöglichen und der Finanzierungslücke am Ende des Studiums entgegenzuwirken.

Eine zügige BAföG-Novelle ist daher nötig, um die Freibeträge und Bedarfssätze zu erhöhen, aber auch die nicht-ökonomischen Voraussetzungen (z.B. Alter, Dauer) und bürokratischen Hürden zu senken, damit mehr Studierende Zugang zum BAföG erhalten und sich damit ein Studium leisten können. Eine Dynamisierung dieser Erhöhungen hätte den Vorteil nicht auf die Berichtspflicht der Bundesregierung angewiesen zu sein und regelmäßige Anpassungen des BAföG an reale Lebensbedingungen von Studierenden abzusichern.

Gleichzeitig gehen auch 6 Prozent mehr Studierende neben dem Studium arbeiten als dies noch 2012 der Fall war (2012: 62 Prozent; 2016: 68 Prozent). (S.60) Das kann mit der Aussage zusammenhängen, dass sich Studierende mehr Praxisbezug in ihrem Studium wünschen. Real ist es aber vor allem bedingt durch die Motive den Lebensunterhalt zu finanzieren (59 Prozent) und sich etwas mehr leisten zu können (72 Prozent). (S. 62)

Wohnen:

Die Wohnungspauschale im BAföG von 250 Euro geht total an der Lebensrealität von Studierenden vorbei. Studierende gaben im Jahr 2016 durchschnittlich 323 Euro im Monat für Miete aus (2012: 294 Euro). (S. 48) Die Mietkosten steigen damit nicht nur rasant, sondern gehören auch mit 35 Prozent zu ihrem größten monatlichen Ausgabenposten. (S.49) ver.di unterstützt deshalb die Forderung des DSW nach einer Ausfinanzierung der Studierendenwerke, um Studierendenwohnheime zu sanieren und zu bauen. Ver.di verweist außerdem auf ihr wohnungspolitisches Diskussionspapier, das bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen fordert.²

¹ <http://jugend.dgb.de/++co++c37e8fc0-f1d4-11e6-8af5-525400d8729f> (28.06.2017; 14:53 Uhr)

² https://besondere-dienste.verdi.de/++file++58c6d05b4f5e920833f587dc/download/Wohnungspolitisches%20Diskussionspapier_final.pdf (28.06.2017; 15:55 Uhr)